

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Ulla Jelpke, Jan Korte, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.

Ehrung für Johann Georg Elser als gesamtgesellschaftliches Anliegen begreifen

Der Bundestag wolle beschließen:

Auf Anregung des Autors und Dramatikers Rolf Hochhuth hat das Abgeordnetenhaus von Berlin am 19. Februar 2008 den Beschluss gefasst, die Errichtung eines Denkzeichens für Johann Georg Elser an zentraler, öffentlich zugänglicher Stelle in Berlin zu prüfen. Von Rolf Hochhuth und dem Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, wurde hierfür der Ort der früheren Reichskanzlei vorgeschlagen.

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ehrung von Johann Georg Elser, der am 8. November 1939 das gescheiterte Bombenattentat auf Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller verübt hatte und kurz vor Kriegsende am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet wurde, ist als ein gesamtstaatliches Anliegen zu begreifen. Nachdem der politische Widerstand von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Bewegungen nach 1933 grausam zerschlagen wurde, markiert das Attentat von Johann Georg Elser lange vor dem 20. Juli 1944 den politisch-ethischen Aufstand eines Einzelnen gegen die Nazi-Diktatur.

Johann Georg Elser wurde während der gesamten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in Ost und West aus unterschiedlichen Gründen kaum erwähnt. Noch heute ist er im öffentlichen Bewusstsein nicht präsent. Eine Ehrung mit vorhergehender breiter gesellschaftlicher Diskussion würde die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bereichern.

Die Ehrung des Widerstandes gegen das NS-Regime im öffentlichen Raum der Bundeshauptstadt in Berlin wirft, ebenso wie die Erinnerung an die verschiedenen Opfer des Nationalsozialismus, eine Reihe grundsätzlicher Fragen auf, insbesondere dann, wenn durch die Ehrung des Widerstandes, wie vorgeschlagen, der Ort der früheren Reichskanzlei öffentlich markiert werden soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Einvernehmen mit dem Land Berlin die Trägerschaft für eine Ehrung von Johann Georg Elser zu übernehmen;
2. eine Konzeption vorzulegen, in der dargestellt wird, wie und an welchen Orten im Umfeld des Deutschen Bundestages die bislang nicht erinnerten Opfer des verbrecherischen NS-Regimes (z. B. die sowjetischen Kriegsgefangenen, die osteuropäische Intelligenz u. a.) geehrt werden sollten;

3. darzustellen, wie die Breite des politischen Widerstandes auch außerhalb der mit dem 20. Juli 1944 verbundenen Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Berliner Stadtraum erinnert werden kann, und
4. in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob tatsächlich und gegebenenfalls auf welche Weise der Ort der früheren Reichskanzlei als der eigentlichen politischen Machtzentrale des NS-Regimes in das öffentliche Bewusstsein der Topographie des NS-Terrors eingefügt werden kann und sollte.

Berlin, den 3. Juni 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion